

P.B. Nr. 12

dodis.ch/38535

Peter Anton Feldscher an Max Petitpierre, 29. November 1954

DAS WESENTLICHE HINDERNIS AM ZUSTANDEKOMMEN DES ÖSTERREICHISCHEN
STAATSVERTRAGES

Durch die Besprechungen, die Bundeskanzler Raab anlässlich seines Besuches in den Vereinigten Staaten sowohl mit Präsident Eisenhower und seinem Aussenminister Dulles als auch mit dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France gepflogen hat, ist die Frage des Abschlusses des österreichischen Staatsvertrages neuerdings in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen zwischen Westen und Osten gerückt worden. Besonders bemerkenswert war der vor der Generalversammlung der UN gemachte Vorschlag von Mendès-France, den sofortigen Abschluss des Staatsvertrages dadurch zu erleichtern, dass den Besatzungsmächten nach seiner Unterzeichnung eine Frist von 18 bis 24 Monaten eingeräumt würde, innerhalb welcher sie ihre Truppen allmählich aus österreichischem Gebiet zurückziehen könnten. Diese Erörterungen haben hierzulande erneut der Hoffnung Auftrieb gegeben, dass der tote Punkt in den Staatsvertragsverhandlungen im Laufe des nächsten Jahres überwunden werde. Es gesellt sich dazu die Überlegung, dass Sowjetrussland und seine Satellitenstaaten als Gegenmassnahmen zu den Pariser Verträgen¹¹¹⁵ einen Ostpakt¹¹¹⁶ abschliessen könnten, der u. a. die Möglichkeit des Verbleibens sowjetrussischer Truppen in Ungarn und der Tschechoslowakei vorsehen und dadurch den Rückzug der sowjetrussischen Armee aus Österreich gewährleisten könnte.

Auf diese Erwägungen kam ich letztthin, in einer Unterredung zu sprechen, die ich mit einer österreichischen Amtsperson hatte, die durch ihre dienstliche Stellung in engem Kontakt mit den sowjetrussischen Besatzungsbehörden steht, und demzufolge auch über deren Absichten und Auffassungen gut unterrichtet ist. Mein Gewährsmann betonte, dass die Milderungen im taktischen Verhalten, die im sowjetrussischen Besatzungsregime seit einiger Zeit zutage getreten sind, nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, dass sich in der grundsätzlichen Einstellung nicht das geringste geändert habe. Die Zurückhaltung der sowjetrussischen Behörden bringe es mit sich, dass jedes Einlenken von ihrer Seite in der Öffentlichkeit sich als ein Entgegenkommen darstelle und gleichzeitig bewirke, dass die übrigen alliierten Mächte erst anschliessend daran gleichartige Konzessionen veranlassen. So sei es durchaus nicht ausgeschlossen, dass die Sowjetmacht sich plötzlich zu

1115 In den sog. Pariser Verträgen vom 23.10.1954 wurden die Aufhebung des Besatzungsstatuts, die Verleihung der Souveränität sowie der Beitritt der BRD zu WEU u. NATO, wie auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz im September 1954 beschlossen, festgelegt.

1116 Der spätere sog. «Warschauer Pakt».

einem Rückzug ihrer Truppen aus Österreich entschliessen und damit die westlichen Alliierten zu einer gleichen Massnahme zwingen würde, ohne dass im übrigen die Bestimmungen des Staatsvertragsentwurfs durchgeführt würden. Mein Gesprächspartner hat sogar die Ansicht vertreten, dass auf sowjetrussischer Seite niemand daran denke, z. B. die Erdölproduktion in Österreich, über die sie gegenwärtig als sogenanntes deutsches Eigentum verfügt, jemals aus der Hand zu geben. Auch habe sie ein ganz besonderes Interesse daran, zwei kommunistische Institutionen, die sich in Wien befinden, nämlich den Weltgewerkschaftsbund und den Weltfriedensrat, die in ihrer Propagandatätigkeit für sie sehr bedeutungsvoll seien, hier zu belassen.

Der Weltgewerkschaftsbund ist vor wenigen Jahren von Paris nach Wien verlegt worden und entfaltet eine rege Tätigkeit durch ein Sekretariat, das über hundert Personen umfassen soll. Das Ziel der Institution besteht vor allem in der Erreichung der «Arbeitereinheit», d. h. in der Unterstützung aller Aktionen, welche gewerkschaftliche Forderungen und den Kampf gegen Militarisierung und «Reaktion» zum Inhalt haben, wobei namentlich auch den unterentwickelten Gebieten, d. h. den kolonialen und halbkolonialen Ländern Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der «Internationale Bund freier Gewerkschaften» ist entschlossen, dieser subversiven Tätigkeit entgegenzutreten und gedenkt im Mai des nächsten Jahres in Wien einen Kongress einzuberufen, der sich zu einer grossen antikommunistischen Kundgebung gestalten dürfte. Die gleichen Propagandaziele, wie der Weltgewerkschaftsbund, verfolgt auf mehr intellektuellem Gebiet der Weltfriedensrat, der vor nicht langer Zeit von Prag nach Wien verlegt worden ist. Durch das Mittel beider Organisationen und den Schutz, der ihnen die Sowjetmacht gewährt, gelangen hunderte, wenn nicht tausende von Ausländern nach Österreich, denen ansonst durch die Grenzkontrolle der Eintritt verwehrt worden wäre.

Den westlichen Staaten stehen keine analogen Einrichtungen zur Bearbeitung der Gegenseite zur Verfügung und deshalb dürfte Sowjetrussland auch nicht auf dieses so wichtige Mittel der Beeinflussung des Westens verzichten. Diese Tatsache erklärt auch die selbstbewusste und herausfordernde Art, mit der die hiesigen kommunistischen Organe in ihren kritischen Auslassungen auftreten. Gegenwärtig wird die Ausrüstung und Bewaffnung der österreichischen Gendarmerie als Anlass genommen, Österreich eine geheime militaristische Aufrüstung und Schulung zu unterstellen. Sollten die Sowjettruppen abziehen, so ist den kommunistischen Elementen begreiflicherweise wenig willkommen, im Lande eine feste, öffentliche Organisation zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu wissen.

Auf die Einladung der Sowjetregierung zu einer europäischen Sicherheitskonferenz hat die österreichische Regierung nunmehr mit einer Note geantwortet, in welcher grundsätzlich jede Konferenz zur Verringerung der internationalen Spannungen begrüsst wird, im besondern auch, um keine Gelegenheit vorüber gehen zu lassen, um die völlige Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs zu erreichen; jedoch müsste, wird weiter ausgeführt, einer solchen Konferenz ein gründlicher

Meinungsaustausch vorangehen und könnte nur zu einem Erfolg führen, wenn alle an der Regelung europäischer Fragen wesentlich interessierten Staaten daran teilnahmen. Die österreichische Regierung betont am Schluss der Note, dass sie nur dann an der vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen in der Lage wäre, wenn diese «unter Mitwirkung zumindest aller an der noch andauernden Besetzung Österreichs beteiligten Mächte abgehalten wird».

Es kann nicht bestritten werden, dass die ablehnende Stellungnahme geschickt motiviert ist, indem das Hauptgewicht auf die Erlangung der vollen österreichischen Souveränität gelegt wird, ein Ziel, das ohne Mitwirkung aller Besatzungsmächte offenkundig nicht zu erreichen ist. Aussenminister Figl war von seiten des sowjetrussischen Hochkommissars Iljitchov starkem Druck ausgesetzt, doch wird man sich schliesslich in Moskau der Einsicht nicht verschliessen können, dass die österreichische Regierung nicht an einer Konferenz sich beteiligen kann, an der zu erscheinen die übrigen drei Besatzungsmächte abgelehnt haben.